



Suchergebnisse: Stadtratswahl

28. Juli 1790 – Der Magistrat greift die verfehlte Regierungspolitik des Landesherrn an

München * Der Magistrat, den man bei der Formulierung der „allgemeinen Dank- und Huldigungsadresse der Münchner Bürgerschaft an den Kurfürsten“ übergegangen hat, sieht sich in seiner verfassungsrechtlichen Position als Sprecher der Bürger verletzt und distanziert sich von dem ganzen Vorgang. Der Magistrat verbreitet eine Rechtfertigungsschrift, in welcher er die Intrige Sir Benjamin Thompsons aufdeckt und eine „Verbindung zwischen einer verfehlten Regierungspolitik und den revolutionären Vorgängen in Frankreich“ herstellt.

31. Juli 1790 – Kurfürst Carl Theodor setzt den Magistrat ab

München * Kurfürst Carl Theodor empfindet die Rechtfertigungsschrift des Magistrats vom 28. Juli und die darin enthaltenen Angriffe auf die „verfehlte Regierungspolitik des Landesherrn“ als Majestätsbeleidigung und Hochverrat. Er lässt ein Exempel statuieren, den gesamten Inneren- und Äußeren Rat vor eine kurfürstliche Spezialkommission bringen und einzeln verhören. Bis zur nächsten Stadtratswahl überträgt er die Geschäfte einer kurfürstlichen Stadtadministrationskommission.

22. Dezember 1790 – Kurfürst Carl Theodor verweigert die Bestätigung der Wahlmänner

München * Bei der turnusmäßig vorgenommenen Neuwahl der Stadträte verweigert Kurfürst Carl Theodor die Bestätigung der Wahlmänner und überträgt bis auf Weiteres die Führung der magistratischen Geschäfte einer landesherrlichen Kommission. Die Verfasser der Flugschrift werden lebenslang von den Ratsgeschäften ausgeschlossen.

5. Dezember 1893 – Nur 19.292 Münchner haben das Wahlrecht für die Stadtratswahl

München * Kommunalwahl: Von den rund 380.800 Einwohner Münchens haben gerade einmal 19.292 das Wahlrecht für die Stadtratswahl. Die Wahlberechtigten setzen sich vor allem Haus- und Grundbesitzern, selbstständigen Handwerkern, Geschäftsleuten und Industriellen zusammen. Nur der darf wählen, der das (gebührenpflichtige) Bürgerrecht besitzt. Voraussetzung dafür sind unter anderem der Besitz des Heimatrechts, ein ständiger Wohnsitz in



München, die Entrichtung von Steuern sowie Unbescholtenheit und Volljährigkeit. Tagelöhner, Handwerksgesellen, kleine Gewerbetreibende und Frauen sind vom politischen Leben nahezu ausgeschlossen. Trotzdem kann Georg Birk als erster Sozialdemokrat in das Gemeindekollegium einziehen.

Juni 1919 – Hedwig Kämpfer wird aus der Haft entlassen

München * Hedwig Kämpfer wird aus der Haft entlassen, weil sie für die USPD zum Stadtrat kandidiert.

26. Juni 1919 – Enorme Zugewinne der USPD in Giesing

München-Giesing * Die SPD erreicht in ihrer einstigen Hochburg Giesing statt der bei der Landtagswahl am 12. Januar 1919 erreichten 58,9 Prozent jetzt bei der Stadtratswahl nur noch 18 Prozent. Dagegen erhöht sich der Stimmenanteil der USPD von 7,1 Prozent auf 45,4 Prozent der Giesinger Wahlberechtigten.

2014 – König Ludwig II. im Stadtrats-Wahlkampf

München-Au - München-Isarvorstadt * Im Wahlkampf zur Stadtratswahl 2014 kommen dann alle Parteien in die „Deutschen Eiche“, ein Hotel mit einer der weltweit größten und erfolgreichsten Schwulensaunen, um zu zeigen, dass sie auch für die LGBT-Gemeinde wählbar sind. Der CSU-Spitzenkandidat und spätere 2. Bürgermeister, Josef „Seppi“ Schmid, bringt - gegen die Intention Dietmar Holzapfels - die Idee vorschnell in den Stadtrat ein. Und dann passiert, was passieren muss: Die Parteien im Rathaus rüsten sich zum Wahlkampf - und wie nicht anders zu erwarten, prallen jetzt die unterschiedlichen Sichtweisen und Positionen aufeinander. Wenn es nach der sich damals in der Opposition befindenden CSU geht, soll das an den „Märchenkönig“ erinnernde monumentale Denkmal sofort wieder entstehen - und zwar in historischer Größe und umgeben mit einem monumentalen Portikus. Außerdem soll geprüft werden, ob im Unterbau des Denkmals möglicherweise ein Café Platz finden könnte, damit die Bevölkerung den herrlichen Blick auf die Isar und die Maximilianskirche jederzeit genießen kann, was jetzt ja nur von steinernen Bänken aus oder beim sommerlichen „Kulturstrand“ der Urbanauten möglich ist. Für die Regierungsparteien SPD und Grüne soll alles so bleiben wie es ist, denn es sei „nicht zeitgemäß“, im 21. Jahrhundert ein Königsmonument originalgetreu wieder aufzubauen, es gebe wesentlich wichtigere Themen im Rathaus zu erledigen. Die Fronten



zwischen den Parteien stehen - natürlich mit etlichen Abweichlern - fest. Das Stadtarchiv München wird mit einer Untersuchung der bereits bestehenden Ludwig-II.-Erinnerungsorte beauftragt. Dieses listet neun Stein- und Bronzebildnisse des einstigen Monarchen in München auf.

16. März 2014 – Der Widerstand gegen das Königs-Denkmal schwindet

München-Au - München-Isarvorstadt * Bei der Stadtratswahl wird die CSU stärkste Fraktion und geht mit der SPD eine Koalition ein. Damit verändert sich auch die Einstellung zum Ludwig II.-Denkmal auf der Corneliusbrücke. Noch immer wollen weder die Stadträte der SPD noch der Grünen den meterhohen Kni neu aus Bronze gießen lassen, da derartige figurliche Darstellungen „zu Beginn des 21. Jahrhunderts eigentlich nicht mehr die Ausdrucksform einer demokratischen Gesellschaft“ sind.
